

- Kölner Stadt-Anzeiger
 Kölnische Rundschau
 Bild

- Hürther Wochenende
 Hürther Sonntagspost
 Express

Datum

25.9.2007

Migranten fordern Wahlrecht in Städten

Vorstoß der Ausländerbeiräte

In Bergheim, Hürth und 15 anderen Städten in Nordrhein-Westfalen startete eine Kampagne.

VON BRITTA WONNEMANN
UND ULI KREIKEBAUM

Bergheim/Hürth - Die Ausländer identifizierten sich mit dem Kreis. Integration gelinge nur über Beteiligung. Wahlrecht sei Menschenrecht. Verweigere man den Menschen dieses Recht, entstünden in Vierteln mit hohem Ausländeranteil „demokratiereife Zonen“. Mit solchen Argumenten haben die Ausländerbeiräte in Bergheim und Hürth gestern die landesweite Kampagne „Wo ich lebe, will ich wählen“ eingeleitet. Die Unterstützer fordern kommunales Wahlrecht für alle Migranten, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben. Flugblätter und eine Unterschriftenaktion begleiteten die Aktion.

Wählen dürfen in Deutschland aktuell lediglich Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder aus einem EU-Land stammen. „Wenn man kein Wahlrecht hat, wird man nicht ernst genommen und kann seine Rechte nicht vertreten“, findet Fatma Gürsoy vom Aus-

länderbeirat der Stadt Bergheim. „Wer in Deutschland Steuern zahlt, sollte auch wählen dürfen“, meint Bektaş Mehin, Vorsitzender des Hürther Ausländerbeirats.

In Hürth wird der Beirat, der keine politische Entscheidungsgewalt hat, von der SPD und den Grünen unterstützt. Beide Parteien setzen sich seit Jahren für ein Migrantenwahlrecht ein. „Gesetzlich fordern wir von Ausländern, die deutsche Sprache zu lernen und sich zu integrieren. Es ist an der Zeit, etwas zurückzugeben“, sagt Andreas Grüderich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Hürther Grünen. Seine Frau sei Peruanerin, seit 30 Jahren in Deutschland, nächstes Jahr dürfe sie das erste Mal wählen, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen habe. „Das ist eigentlich ein Skandal“, findet Grüderich. Zudem viele Länder keine doppelte Staatsangehörigkeit akzeptierten. Entschieden sich zum Beispiel Peruaner, Deutsche zu werden, verlor sie automatisch ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit.

„Mehr Nachdruck verleihen soll der Forderung der Ausländerbeiräte der Verweis auf höhere Instanzen. Der Europarat fordere seit Jahren das aktive und passive kommunale



„Hier, wo ich lebe, will ich wählen.“ Der Hürther Ausländerbeirat fordert mit Unterstützung der SPD und der Grünen ein kommunales Wahlrecht für alle Migranten, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben.

BILD: UK

Wahlrecht für Migranten. Das Bundesverfassungsgericht habe darauf hingewiesen, dass eine Änderung des Grundgesetzes möglich sei. Die Bundesregierung habe die Prüfung der Grundgesetzänderung in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Unterstützt wird die Aktion von Wohlfahrtsverbänden, vom DGB und vom Landesjugendring. Auch prominente Politiker wie Rita Süsmuth, Heiner Geißler (beide CDU) oder Christian Ude (CDU) machen sich für ein kommunales Ausländerwahlrecht stark.

„In anderen europäischen Ländern haben Migranten schon lange ein kommunales Wahlrecht“, betonen Gürsoy und Mehin. In Dänemark

und Schweden dürfen sämtliche Migranten seit den 70er Jahren wählen, in Irland schon seit 1963. „Ich bin mein Leben lang hier, arbeite, studiere und setze Kinder in die Welt, aber wählen darf ich nicht“, sagt Gürsoy. „Wir fühlen uns wie die Stiefkinder der Nation.“ Auch für Kommunalpolitiker sei eine Gesetzesänderung gut, weil sie so mehr Wähler bekämen. Der Bergheimer und der Hürther Ausländerbeirat werden sich mit ihrem Anliegen an den Rat wenden. Möglichst viele Bürger wollen sie von ihrem Anliegen überzeugen und zu einer Unterschrift bewegen. An der Wahl zum Ausländerbeirat hatten sich in Hürth nur wenige

Migranten beteiligt. Den Einwand, die Ausländer machten von ihrem Wahlrecht womöglich auch bei Kommunalwahlen kaum Gebrauch, lässt Bektaş Mehin indes nicht gelten: „Wer aktiv mitentscheiden kann, was in einer Demokratie passiert, wird das auch tun.“ Sollte das Wahlrecht für Migranten tatsächlich kommen, sieht der Hürther die Ausländervertretungen am Ziel: „Wenn wir Wahlrecht bekämen, dann könnten wir die Ausländerbeiräte auflösen.“

Im Kreis haben rund 45 500 Menschen einen ausländischen Pass. 15 000 EU-Ausländer sind wahlberechtigt.